Sie mir vertrauten, daß Sie—mich liebten Marie! Und dennoch sollte das Alles umsonst sein, Marie? Dennoch wollten Sie entsagen, mich fliehen, weil—ich fasse das nicht!—weil Ihr Vater dieser Liebe entgegen und mir feindselig gesonnen sei?"

Sie neigte verdüstert das Haupt. „Das ist so," sagte sie.

„Aber ich f sse—ich verstehe das nicht!" entgegnete er mit ruhigem, bewußtvollem Ernst. „Daß Ihr Vater gegen mich persönlich nichts haben kann, steht fest. Es giebt in meinem Leben, in meinen Verhältnissen nichts, das ihn zurückstoßen könnte, ja, er kennt mich ja überhaupt nur von einem einmaligen Sehen und hat vermuthlich niemals früher von mir etwas gehört, das nicht jetzt durch Sie selbst leicht aufgeklärt werden könnte—"

Sie sah plötzlich mit einem beinahe zürnenden Ausdruck zu ihm auf. „Lambert,—das trauen Sie mir zu?" fragte sie vorwurfsvoll.

„Ihnen, gewiß nicht, Marie!" erwiderte er und nahm ihre Hand, denn er war allmählig die Stufen herauf, zu ihr unter die Veranda getreten. „Aber jenen vielleicht, die—"

„Nicht doch," unterbrach sie ihn ernst. „Diesmal thun Sie ihnen Unrecht. Der Vater hat bestimmt nichts von dem Damals erfahren. Ich wüßte es sonst von ihm."

„Dann wird mir diese angebliche Abneigung noch unfaßlicher und unglaublicher, Marie. Es hieße Ihrem Vater ein schreiendes Unrecht thun, wenn ich annehmen wollte, daß er sich durch einen reinen Einfall, durch eine Grille, durch eine—sei es darum!—unangenehme Erinnerung nicht etwa blos zu einer augenblicklichen Mißempfindung, sondern zu einer starren, finstern Feindschaft fortreißen lassen könnte—nicht nur gegen mich, wider den nichts sprechen kann als, ich wiederhol's eine Erinnerung an einen Andern und eine Aehnlichkeit mit diesem—so verstand ich Ihre Schwester!—sondern auch gegen Sie, die er von jeher geliebt, deren Glück ihm stets am Herzen gelegen, gegen dieses Glück. Denn nicht wahr, Marie," fügte er hinzu, und aus seinem Blick, seinem Ton, aus dem festen Druck der Hand, aus seinem ganzen Wesen sprach wieder zu ihr jene warme männliche Zärtlichkeit, die ihr schon neulich in's Herz gedrungen war und es mit scheuem Glück erfüllt hatte,—„nicht wahr, Marie, leugnen Sie es nicht, Sie lieben mich?"

(Fortsetzung folgt.)

Wichtig für das Tabacks-Geschäft. — Eine für den Tabackshandel wichtige Entscheidung wurde soeben von dem Commissär der innern Revenüe'n gefällt. Es erhellt, daß Jemand angefragt hatte, ob zu 32 Cents pro Pfund unter dem alten Gesetze gestempelter Taback zu einem 'Drawback' von 32 Cents oder nur zu 20 Cents pro Pfd., wie es das neue Gesetz vorschreibt, berechtigt sei, im Falle solcher Taback exportirt werde, und ferner, ob es irgend einen Unterschied mache, ob der Taback in diesem oder irgend einem anderen Distrikte gestempelt worden sei. Die Antwort lautete, daß der Taback zu einem "Drawback" in Uebereinstimmung mit dem Betrage der Stempel berechtigt und es einerlei sei, in welchem Distrikte die Stempelung vorgenommen wurde. Diese Entscheidung kommt besonders den Großhändlern zu Gute, die bei der Ausfuhr der alten Vorräthe 32 Cents pro Pfund zurückerhalten und bei Einlegung neuer Vorräthe nur 20 Cents zu zahlen haben.

Ein Erdstoß in Ohio! — Der Columbus „Westbote" vom letzten Donnerstag berichtet folgendes über einen Erdstoß, welcher sich dort ereignete:

Am Samstag Abend um 20 Minuten vor 12 Uhr wurde in allen Stadtheilen eine, fernem Donner ähnliche Erschütterung gehört. Mauern zitterten in ihren Grundfesten, Fenster klirrten, Bettladen und schwere Möbel wackelten, Oefen folgten der zitternden Bewegung und in manchen Häusern wagte das Tischgeschirr einen kleinen Tank. Manche Leute, die kein so gutes Gewissen haben, wie die glücklichen Schnarcher, die nichts hören und nichts sehen, wenn sie einmal auf dem Ohr liegen, sprangen erschreckt aus den Betten, als sei der jüngste Tag gekommen; Andere stürzten aus den Häusern, um nach der Ursache des gewaltigen Rumors zu sehen.

Die Vermuthung lag nahe, daß der Dampfkessel in irgend einer Fabrik, vielleicht der des Hochofens, explodirt sein müsse, was indeß glücklicherweise nicht zutraf. Auf die richtige Idee kamen nur wenige Personen, die in Südamerika dergleichen oft erlebt haben, und jetzt weiß man allgemein, daß es ein unschuldiger Erdstoß war, der uns Nordländern einmal zur Abwechslung einen Besuch abstattete, vielleicht um uns einen gelinden Schrecken zu geben und uns an unsere vielfachen Sünden zu mahnen. Ueber die Richtung, von welcher der Stoß kam, sind die Meinungen verschieden, manche meinen aus dem Nordwesten, andere aus dem Nordosten.

Während der Schrecken manches Gesicht gebleicht haben mag, fehlte es nicht an heitern Zwischenfällen. Eine Gesellschaft, die sich mit dem landesüblichen Kartenspiel unterhielt, das im Deutschen wie „Iucker" ausgesprochen wird, ließ vor blasser Furcht die Karten fallen und es wird behauptet, daß einer der Spielenden, ein altes sündhaftes Menschenkind, auf die Knie gefallen sein und ein Stoßgebet versucht haben soll. Verbürgen können wir freilich die Wahrheit dieses Gerüchtes nicht, sehr möglich ist's indeß. So lange es mit dem bloßen Schrecken abgeht und nicht einmal ein Schornstein einfällt, kann [illegible] wohl über den seltsamen Gast [illegible] Aber für einen richtigen, nad[illegible] Erdstoß möchten wir unsere [illegible] manntigsach etwas windse[illegible] nicht versichern.

Auch in Newark und [illegible] man den Erdstoß.

Die Staats-Zeitung.

J. George Ripper, Box 19.
Herausgeber.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Jan. 16. 1873.

Der Gehalt des Governörs erhöht.

Die Herren Gesetzgeber haben bereits angefangen, schwenderisch mit dem Gelde des Volkes umzugehen, indem sie den Gehalt des Governörs von $5 000 auf 9,000 erhöhen wollen! Warum nicht doch? Ein Staat wie Pennsylvanien kann ganz leicht etliche Tausend mehr an seine Staatsbeamten ausbezahlen, denn wenn diese es nicht bekommen, so wird es gestohlen—a la Evans.

Es ist viel besser, man bezahlt den Beamten einen guten Gehalt, damit diese sich nicht auch gelüsten lassen, und ihre Finger nicht besudeln. Uebrigens sind $9,000 zu viel für einen Governör. Hr. Hartranft wußte, ehe er als Governör erwählt war, wie hoch sein Gehalt sein würde; und wenn dieser zu gering für ihn war, so hätte er das Amt gar nicht annehmen sollen.

Doch, man weiß, wo „der Haas im Pfeffer ist." Die letzte Wahl hat gar viel Geld gekostet, und um den Verlust wieder zu decken, müssen die Gehalte der Beamten erhöht werden. Das ist das Ganze in einer Nußschale.

Gov Geary erhielt blos fünf tausend Dollars Gehalt per Jahr, und doch hat er während der sechs Jahren seiner Dienstzeit so viel „gemacht," um werthvolle Bauereien zu kaufen, und wird jetzt als ein Mann von zwei bis drei mal hundert tausend Dollars geschätzt, trotzdem er beim Antritt seines Amt arm (oder wenigstens nicht reich) war! Und wer da glaubt, daß Gov. Hartranft nicht ebenfalls „macht" was zu machen ist, der ist auf dem Holzweg. Betrug und Schwindel dauern fort, trotz Erhöhung der Gehalte. Man merke sich dieses.

Wir verweisen unsre Leser auf die Abstimmung über den Vorschlag, welcher in den Verhandlungen der Gesetzgebung in heutiger Nummer zu finden ist. Zu bemerken ist noch, daß beinahe alle Demokraten gegen den Vorschlag, und alle Republikaner für denselben stimmten. Unter den hervorragendsten Gegnern auf demokratischer Seite waren die Herren Brockway von Columbia, Orvis von Centre, und Laucks von York County. Alle Ehre diesen Männern.

Uebrigens hat der Senat jetzt selbst noch darüber abzustimmen. Da aber die Republikaner auch in diesem Körper eine Mehrheit haben, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der Vorschlag angenommen werden wird.

Die diesjährige Botschaft des Gov. Geary.

Ueber die diesjährige Botschaft des Gouvernörs Geary hat der „Philadelphia Demokrat" folgende Bemerkungen zu machen: Die Botschaft gibt einen sehr günstigen Bericht über die Finanzlage des Staates. Die Staatsschuld ist von 37,7[illegible]10 Millionen Dollars am 1. Dez. 1866 jetzt bis auf 16½ Million abgetragen. Die Schulen kosteten in den letzten 6 Jahren $42,952,152,11 gegen $19,590,109 in den 6 Jahren zuvor. Demnach besuchen 75 000 Kinder, die im Schulalter stehn, im Staate keine Schulen, weshalb der Governör den Schulzwang empfiehlt.

Ganz am Platz sind die Empfehlungen des Governörs, betreffend weiterer Steuer Reduktion, namentlich in Bezug auf Industrie-Gesellschaften und auf Anleihen. Die Empfehlung ausreichender Bewilligungen für die Arbeiten des statistischen Bureaus und für geololische Untersuchungen und genauer Cartirung des Staats sind sehr beherzigenswerth. Nur dadurch ist es möglich, die Mineralschätze des Staates in ihrem vollen Umfange zu verwerthen. Obgleich die Kohlen-, Eisen- und Kohlenöl Produktion des Staates schon jetzt großartig ist, und jährlich hunderte von Millionen Dollars werth ist, so würde doch diese Produktion noch unendlich gesteigert werden können, wenn man eine genauere Kenntniß der Boden Formation des Staates hätte.

Ehre macht es dem Staat, daß er so trefflich für die Waisen seiner Soldaten sorgt. Seit 1865 sind für die Anstalten zu ihrer Pflege und ihrem Unterricht an 3½ Millionen Dollars verwendet worden und noch 1½ Million ist nöthig, bis alle diese Kinder der Pflege entwachsen sein werden.

Ein schwacher Punkt in der ganzen sechsjährigen Amtsverwaltung des Governörs war das Pardonirungs (Un)wesen und ist es auch in dieser Botschaft. Zwar hat der Governör in dem letzten Jahre von 1437 Begnadigungsgesuchen nur 101 (nicht 69, wie er sagt.) bewilligt, aber einzelne dieser Bewilligungen bieten, wie bekannt, Stoff für entschiedenen Tadel und sind unvertilgbare Schandflecken, die für immer auf der Amtsverwaltung Geary's haften werden. Der Governör rechnet aus, daß er in den 6 Jahren seiner Amtszeit, wo er 425 Begnadigungen gab, weniger Verbrecher pardonirt habe, als irgend einer seiner Amtsvorgänger in derselben Zeit. Dagegen läßt sich nur sagen, daß 2 oder 3 der Pardonirungen von Geary schlimmer sind, als ein paar hundert zusammengenommen Seitens seiner Vorgänger.

— In Williamsport, Pa., soll ein Mann wohnen, der sich als Spion während der Rebellion besonders ausgezeichnet haben soll, [illegible] ist sich hütete, die Waffen gegen den Feind [illegible]reifen. Nun, solche Spitzel haben wir

Die Demokratische Partei.

Unserm geehrten Collegen vom „Jefferson Demokrat" stimmen wir herzlich in folgenden wahrgesprochenen Worten bei:

Der demokratischen Partei ist schon oft ihr nahe bevorstehendes Ende angekündigt—niemals aber häufiger und bestimmter, als zur gegenwärtigen Zeit. Wir müssen gestehen, daß es uns selber etwas unheimlich zu Muthe wird, wenn wir die Wahlberichte nachsehen. Aber man braucht nur die eigentliche Sachlage unbefangen anzublicken, um zu erkennen, daß von einer Auflösung oder Vernichtung unserer Partei, so lange die Republik existirt, gar nicht die Rede sein kann. Sie vertritt die freisinnigen, volksthümlichen Grundsätze, und so lange es Mucker, Fanatiker und Aristokraten giebt, wird auch die Partei bestehen, welche jene bekämpft und - siegend oder besiegt—sie in Schranken hält.

Hier und da tauchen Vorschläge auf, daß unsere Partei ihren Namen ändern, und unter einer neuen Bezeichnung in's Feld rücken möge. Solche schwachherzigen Rathschläge sollten indeß keinen Augenblick angehört werden. Was auch einzelne Leiter verschuldet haben mögen—die Demokratie selber kann mit Stolz auf ihre Vergangenheit blicken. Sie regierte, mit kurzen Unterbrechungen, die Union sechszig Jahre lang, und daß sie sich seit zwölf Jahren in der Minderheit befindet, sollte keinen unserer Parteigenossen ungeduldig und hoffnungslos machen. Unsere wiederholten Niederlagen wurden nur durch eine Verkettung ungünstiger Umstände und die Mißgriffe der Führer veranlaßt.

Die Gerechtigkeit und Stärke unserer Sache bleibt unerschüttert, und wird sich vielleicht schneller, als es jetzt den Anschein hat, wieder geltend machen.

Pennsylvanien enthält 66 Counties; von diesen gaben bei der Staatswahl im Oktober 34 republikanische und 32 demokratische Mehrheiten. Trotz Cameron und seinen Millionen, den 18,000 neuen amerikanischen Bürgern afrikanischer Abstammung und anderen Widerwärtigkeiten, hat unsere Partei immerhin noch einen recht guten Halt in dem alten Schlußstein Staate.

Wie das Land bestohlen wird.

Im vorigen Jahre wurden vom Congreß $900,000 für die „Teton Sioux" bewilligt. In der diesjährigen Appropriations Bill für das Indianer-Departement, welches bereits vom Repräsentantenhause angenommen worden ist, wurden dafür $200,000 ausgesetzt. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß ein solcher Indianerstamm wie die „Teton-Sioux" gar nicht existirt. Mehrere im Territorium Motana wohnhafte Leute sind nach Washington gekommen, um dem Congreß die Beweise hierfür vorzulegen. Es wird behauptet, daß die $900,000 zum großen Theile durch die Hände des Superintendenten Viall, welcher vor Kurzem einem Freunde von Senator Harlan Platz machen mußte, gingen, und daß die Belege für die Verausgabung dieser bedeutenden Summe gefälscht waren. Wenn ein so colossaler Schwindel gewagt und mit Erfolg durchgeführt werden konnte—wie hoch mögen sich die Diebstähle belaufen, die nie an den Tag kommen werden? Ja, wenn wir (um mit Gouverneur Seymour's Worten zu reden) die Bücher sehen könnten!

Ku-Klux-Enthüllungen.

Wie der New York „Herald" berichtet, langte am vorletzten Samstag ein vom Präsidenten begnadigter „Ku Kluxer" von Albany in Washington an und zwar in sterbendem Zustande. Der Mann machte eigenthümliche Aussagen, welche auf den Ku-Klux-Prozeß Schwindel ein sonderbares Licht werfen. Er sagte, er habe sich nie an Politik betheiligt, sei jedoch verurtheilt worden auf Veranlassung eines gewissen Barnes, der Ver. Staaten-Commissär in seinem County (im Staate Alabama) war. Dieses Subject hatte einen wüthenden Haß auf den Gefangenen geworfen und wußte es durch allerlei Schliche und Kniffe dahin zu bringen, daß er (Young) und sein Sohn verurtheilt und nach Albany gebracht wurden. Young sagte außerdem aus, daß sich in Albany gegenwärtig 6 Ku Klux Gefangene befinden. Einer derselben, Charles Howard, ist ein Blödsinniger, ein anderer, Namens Blank, ein Knabe von 12 Jahren. Den Aussagen eines Sterbenden, der sich seine tödtliche Krankheit durch die niederträchtige Behandlung zuzog, die man ihm in Albany widerfahren ließ (man wollte ihn z. B. nicht an den Ofen lassen, um sich zu wärmen), darf man wohl Glauben schenken, und dieselben werfen ein nettes Licht auf unsere radikale Rechtspflege.

Ein neues Steuer-Gesetz.

Im Unterhause des Congresses reichte am Dienstag Herr Whitemore von Tennessee ein Gesetz zum Widerrufe der Steuer auf Spirituosen und Tabak ein. Anstatt der bisherigen Steuer schlägt er folgende Abgaben vor:

Ein Prozent von den Brutto Einnahmen der Eisenbahn Compagnie'n.

Ein halbes Prozent von dem Capital, den Aktien und dem Ueberschuß Fond aller Banken und Bank-Gesellschaften.

Ein halbes Prozent von den Capital-Aktien und dem Ueberschuß-Fond der Assekuranz Gesellschaften.

Ein halbes Prozent von allen für Spekulations Zwecke gemachten Bank-Depositen u. s. w.

Wie verlautet, präparirt sich Senator Morton auf eine große Rede über unser System der Präsidentenwahl. Er wird sich zu Gunsten einer direkten Volkswahl und für die Abschaffung des Electoral Collegiums erklären. Wir geben dem Kriegsgouverneur im Voraus Credit für seine Mühe.

Die Beerdigung des verstorbenen Ex-Kaisers Louis Napoleon, fand gestern (Mittwoch) Vormittag um 11 Uhr in Chiselhurst, England, statt.

Jahres-Botschaft des Governörs von Pennsylvanien.

(Im Auszug.)

Der Governör eröffnet seine Botschaft mit einer Beglückwünschung des Staates über dessen Verschontbleiben von großem Ungemach durch Feuer oder Pestilenz und stößt dann einen wohlfeilen Triumph Schrei über die letzten Wahlen aus. Dann geht er auf die Besprechung der Staats-Angelegenheiten über.

Finanzen.—Am Ende des Finanz-Jahres, 30. November, 1871, war eine Bilanz in dem Staatsschatz von	$1,476 809,59
Einnahmen im Jahre '72	7,148,637,45
Zusammen	$8,625,446.04
Ausgaben während des Jahres bis 30. November, 1872,	$7,142 990.43
Bleibt Bilanz im Staatsschatze, 30. Nov. 1872	$1,482,455.61
Von den Ausgaben wurden verwendet:	
Für Staats-Verwaltung	$2,960,631,55
Für eingelöste Schuldscheine	2,476 326.00
Für Zinsen auf Staatsschuld	1 706,032 88
Die Staatsschuld betrug am 30. Nov. 1871,	$29,779,820 64
Abbezahlt im Laufe des Jahres	2,476,326,00
Staatsschuld am 30. November, 1872	$27,303,494 64
Davon abzurechnen der vorhandende Tilgungsfond von $9 390,000 u. der Kassenbestand von $1,482,455,61, zusammen	$10,782,455 61
Bleibt Staatsschuld, soweit sie nicht gedeckt ist	$16,521,039.03

die in zehn Jahren durch jährliche Abtragung von $1,600,000 getilgt werden kann.

Der Tilgungsfond und sein Ursprung wird darauf kurz besprochen; er entstand in 1857 durch den Verkauf von Eisenbahnen und Canälen des Staates (die über vierzig Millionen gekostet haben und für eilf Millionen verschleudert wurden).

Der Gouvernör verwendet hierauf ein langes Kapitel auf eine Selbst-Berühmung seiner Finanz-Administration, und nimmt für dieselbe den Credit für die bedeutende Herabsetzung der Staatsschuld in Anspruch. Dann führt er einen starken Nachweis der Ueberlastung von Corporationen mit Steuern, und befürwortet die Abnahme derselben.

Eine geologische Vermessung des Staates wird wiederum anempfohlen.

Die Arbeiten des im April 1872 errichteten Bureau über Arbeits Statistik und Ackerbau werden gebührend hervorgehoben.

Die Bill für Eintheilung des Staates in Congreß Distrikte, welche von letzter Gesetzgebung passirt worden war, erhielt nicht die Zustimmung des Governörs, und muß also eine andere entworfen werden.

Das Amendment zur Staats-Constitution für künftige Erwählung eines Staats-Schatzmeisters ward in letzter Wahl angenommen, und der Gesetzgebung liegt nun ob, Bestimmung über die Wahl und Dienstzeit etc. zu treffen.

Die Constitutions-Convention, die „Heiligkeit des Stimmkastens" (wer lacht da?) Appellations-Recht in Criminal-Fällen werden dann kurz berührt, worauf das Erziehungs-Kapitel ausführlicher besprochen wird, das neben manchem praktischen Winke größtentheils Gemeinplätze bringt.

Die National-Garde und ihre Thaten im letzten Jahre werden hervorgehoben, und ihre Nothwendigkeit dargethan.

Das Bild der Schlacht bei Gettysburg, Registriren von Documenten und andere formelle Punkte werden kurz berührt. Der Bericht der Behörde von öffentlichen, mildthätigen Besserungs-Anstalten wird vorgelegt und empfehlend besprochen, und die Verwaltung der Staats Gefängnisse gerühmt.

Im Rückblick auf das Grassiren der Blattern empfiehlt der Gouvernör Gesetze für Zwangs Impfung und für Errichtung einer Staats-Sanitäts-Behörde.

Er empfiehlt ferner Verschönerung und Erweiterung des Capitol-Platzes, Erhöhung des Gehaltes des Gouvernörs auf $10.000.

Gedächtniß-Worte für die verstorbenen Ex-Gouvernör Wm. F. Johnson und General Geo. G. Meade, finden angemessenen Platz.

Die Begnadigungen, Straf-Verwandlungen und Hinrichtungen kommen dann an die Reihe. Die ersten bilden eine der schwachen Seiten des Gouvernörs und er sucht sie natürlich zu beschönigen.

Die Verbesserung des Ohio-Flusses fordert die gerechte Aufmerksamkeit des Gouvernörs und er empfiehlt Zusammenwirkung mit den Nachbarstaaten für den Zweck.

Die Hundertjährige Feier und Welt-Ausstellung wird gebührend hervorgehoben und angemessene Unterstützung empfohlen.

Die Botschaft schließt dann mit allgemeinen Bemerkungen über die Thaten des Gouvernörs während seiner Administration, die Vorzüglichkeit der republikanischen Partei, Dank an sein Cabinet und Empfehlung seines Nachfolgers im Amte.

Für Schaden verantwortlich. — Ein Leser wünscht von uns zu wissen, „ob ein Bürger, sei er Landbesitzer oder Miethsmann, neben auf der Straße vor seinem Lande, Wagen ꝛc., innerhalb der gesetzlichen Straßenbreite stehen lassen darf."

Wir antworten: Nein. Auf der öffentlichen Straße darf man keine Hindernisse verursachen. In jedem Falle, wo ein Unglück durch solche Hindernisse herbeigeführt wird, ist derjenige, der die Obstruktion verschuldet, für allen Schaden verantwortlich.

Verhandlungen der Gesetzgebung.

Senat.

Der Senat trat am letzten Mittwoch Vormittag um 11 Uhr wieder zusammen, und es liefen mehrere Veto-Botschaften vom Governör ein, darunter eine gegen die Hausbill für die Reorganisirung der Congreß Distrikte von Pennsylvanien, welche der Governör erst am letzten Sitzungs-Abend der letzten Legislatur empfing. Der Congreß hielt zur Zeit noch Sitzungen und passirte ein Supplement zur Vertheilungsbill, wonach dem Staat Pennsylvanien noch ein Congreß Mitglied zugesprochen wurde. Es ist deshalb nothwendig, daß eine neue Bill vorgelegt werde.

Auf Antrag von Mr. Strang wurde eine Resolution angenommen, wonach die Berichte über die Wahl des Governörs am Donnerstag den 16. ds. Mts. in Gegenwart beider Häuser geöffnet werden.

Mr. Weakley brachte eine Resolution ein, daß die Berichte über die Abstimmung, betreffs der Erwählung des Staatsschatzmeisters durch das Volk am Dienstag den 14 ds. Mts geöffnet werden. Angenommen.

Es wurde ein Committee ernannt, um mit dem Haus-Committee die Inaugurations-Feierlichkeiten zu arrangiren.

Hierauf wurde die Botschaft des Governörs verlesen.

Mr. Graham legte eine Resolution vor, worin dem zurücktretenden Clerk des Senats für seine 33jährigen Dienste gehörige Anerkennung gezollt wird welche einstimmig angenommen wurde.

Es lief noch eine Veto Botschaft des Governörs gegen die Fisch Bill von 1872 ein, worauf sich der Senat bis zum 11 Uhr am nächsten Dienstag vertagte.

Haus.

Das Haus begann seine Sitzung um 11 Uhr.

Mr. Smith von Philadelphia verlangte Erlaubniß, um eine Bill betreffs des Salär des neuerwählten Governörs einzubringen, da dieselbe vor dem 21. passiren müsse.

Die Geschäftsregeln wurden suspendirt. Mr. Brockaway sagte, der neue Governör habe vor der Wahl die Höhe des Salärs gewußt, und müsse sich jetzt damit zufrieden stellen.

Die Bill wurde verlesen. Sie stellt das Gehalt des Governörs auf $10,000 fest, zahlbar vierteljährlich.

Nach einer kurzen Debatte wurde die Bill mit 40 gegen 57 Stimmen verworfen.

Mr. Myer, Rep., trug auf Wiedererwägung des Votums an, um das Salär des Governörs auf $7000 festzustellen. Antrag angenommene

Das Haus erwägte im Committee des Ganzen das vorgeschlagene Amendement.

Der Sprecher, Mr. Elliott, nahm das Wort, und befürwortete die Erhöhung des Gehaltes auf $10,000. Der Stolz des Staates fordere es und das gegenwärtige Salär des Governörs sei nicht einmal dem von vielen Angestellten in Geschäftshäusern in Philadelphia gleich.

Mr. Hancock sprach für den Vorschlag und Mr. Leigs dagegen.

Das Committee des Ganzen schaltete das Amendement ein, wonach das Salär auf $7000 erhöht wird, und das Haus zog es in Erwägung.

Der Sprecher, Mr. Elliott, beantragte im Committee des Ganzen einen Vorschlag, daß Gehalt auf $9000 zu erhöhen, zu erwägen.

Dieses wurde mit 51 gegen 44 Stimmen angenommen, und nachdem noch mehrere Demokraten gegen die Bill gesprochen hatten, wurde sie schließlich mit 60 gegen 36 Stimmen passirt.

Dafür stimmten, die Herren Albright, Allison, Ash, Ballantine, Bates, (Crawford) Black, Bowman, Brunges, Bullard, Burkholder, Burnes, Croß, Dailey, Daniels, Darlt, DeLacy, Hancock, Henry, Jones (Potter), Joseph, Kaufman (Lebanon), Kaufman (Schuylkill), King, Lamon, Lane, Levering, M'Craken, M'Creary, M'Cormick, M'Cullough (Philadelphia), M'Millen, Mahon, Mitchell, Morford, Mewell, Mewmyer, Noyes, Nyce, Oliver, Porter Prizer, Ramsey, Sample, Schminkey, Shortt, Shuler, Smith (Fayette), Smith (Philadelphia), Bogdes, Wainwright, Strock, Tittermary, Tshudy, Waldron, Welsh, Wilcox, Wolf, Young u. Elliott, Sprecher—60.

Dagegen, die Herren Amerman, Bailey, Baird, Bates von Mifflin, Brockway, Conrad, Darrah, DeWitt, Dry, Eagan, Greenawalt, Hegeman, Heiges, Hildebrand, Houseman, Kisner, Koons, Latta, Lawshe, Lawson, Loucks, M'Cullough von Berks, M'Kee, Myer, Morris, Mylin, Orvis, Petrikin, Pyle, Quigley, Ramsey, Reynolds, Staples, Steckel, und Williams—36.

Es wurde dann eine Wahl in Green County angeordnet, um die durch den Tod von Mr. Hagan erfolgte Vacanz zu besetzen.

Es liefen dann noch vom Governör mehrere Veto-Botschaften gegen Lokal-Bills ein, worauf sich das Haus bis um 11 Uhr am nächsten Dienstag vertagte.

Die Constitutions-Convention.

Nach einer Vertagung von mehreren Wochen versammelte sich die Constitutions-Convention am letzten Mittwoch in der Presbyterianer Kirche an der Spruce Str., oberhalb der 5ten Str., Philadelphia. Der Achtb. William M. Meredith, Präsident der Convention, führte den Vorsitz. Zu Anfang waren nur wenige Mitglieder anwesend, nach und nach füllte sich aber der Saal und um 10½ Uhr war fast jeder Stuhl besetzt.

Nach Verlesung des Protokolls der vorherigen Sitzung brachte Mr. Broamall eine Resolution ein, wonach die Mitglieder solcher religiöser Secten, welche gegen den Krieg sind, auch nicht gehalten sein sollen, in der Miliz zu dienen oder Geld an Stelle des Milizdienstes zu zahlen, und daß die Legislatur verhindert werden soll, Gesetze zu passiren, wonach diese Leute in der Miliz zu dienen haben, außer wenn Insurrection oder Invasion stattfindet. Referirt.

Joseph Bailey (Newport) brachte eine lange Resolution ein, wodurch die Geschäftsführung der Eisenbahnen und Canäle im Staate regulirt und Reformen eingeführt werden sollen. Dem betreffenden Committee überwiesen.

Mr. Hall Stanton stellte den Antrag, daß die Sitzungen der Convention durch Gebet eröffnet werden sollen.

John Price Wetherill brachte eine Resolution ein, wonach das Erziehungs-Committee untersuchen soll, ob es zweckmäßig sei, die Constitution dahin zu amendiren, daß alle Gelder, welche durch Besteuerung aufgebracht sind oder von der Legislatur für die öffentlichen Schulen bewilligt sind, ausschließlich für die öffentlichen Schulen bewilligt sinn, ausschließlich für diese verwendet und nicht den Kirchenschulen geschenkt werden sollen. Dem Committee überwiesen.

Ferner eine Resolution, wonach alle Aemter der Inspektors von Waaren, Producten und Fabrikaten abgeschafft und daß keine solcher Aemter wieder creirt werden sollen; darin ausgenommen sind die Beamten des Gesundheits-Board und die Inspektoren der Maaße und Gewichte ꝛc. Referirt.

Mr. Niles offerirte eine Resolution, daß kein County von der Legislatur etablirt werden solle, welches nicht mindestens 400 Quadratmeilen groß sei; daß dies nicht geschehen solle, ehe der Bevölkerung des County darüber abgestimmt habe, und daß ein County-Sitz nur dann verlegt werden soll, wenn ⅔ Bevölkerung des County dafür ist. Referirt.

Mr. Dallas stellte den Antrag, daß ein besseres Libel-Gesetz entworfen werde. Referirt.

Mr. Edwards brachte eine Resolution ein, wonach ein Industrie-Bureau errichtet werden soll, welches statistische Notizen sammeln, die Interessen der Arbeiter heben und alle Arbeitsfragen reguliren soll. Referirt.

Mr. Alricks schlug vor, die Constitution dahin zu amendiren, daß keine gegenwärtige oder künftige Schuld der Pennsylvania Central, Philadelphia und Erie R. R. Co. und anderer Corporationen an den Staat transferirt, suspendirt, qualifizirt, erlassen oder in irgend welcher anderen Weise durch die Legislatur verändert werden soll. Auch soll die Schuldforderung erst dann gelöscht werden, wenn volle Zahlung erfolgt ist. Referirt.

Ferner, daß die Legislatur nicht das Recht haben soll einen Beamten, Clerk, Agenten oder Contractor nach geleisteten Diensten eine Extra-Gratification zu votiren. Referirt.

Ferner, daß die Legislatur kein Amendement zur Constitution der Ver. Staaten ratifiziren soll, wenn dasselbe nicht erst von der Bevölkerung durch Abstimmung angenommen ist. Referirt.

Mr. Campbell schlug ein Amendement zur Constitution vor, wonach alle Eisenbahn Compagnien gehalten sein sollen, die Straßen-Uebergänge entweder zu überbrücken, oder die Straßen auf Brücken über ihre Geleise zu führen.

Mr. Craig schlug vor, daß die Fabrikation und der Verkauf berauschender Getränke verboten werden soll, und daß der Bevölkerung die Abstimmung über den Artikel überlassen werden soll.

Mr. Heverin brachte ein Amendment ein, wonach die Distrikt-Court und die Court of Common Pleas in Philadelphia vereinigt werden sollen. Die neue Court soll aus 12 Richtern bestehen und Court of Common Pleas heißen. Die Richter sollen der Reihe nach in der Criminal Court präsidiren und soll diese Court die Court of General-Sessions heißen und dieselben Befugnisse haben, wie jetzt die Court of Oyer und Terminer. Eine Majorität der Richter soll die Court of Appeals in Criminalfällen bilden.

Mr. Hemphill schlug ein Amendement vor, daß der Governör vier Jahre im Amte bleiben und dann nicht wieder wählbar sein soll.

Ferner, daß der Gouvernör mit Zustimmung des Senats sechs Richter der Court of Common Pleas ernennen soll, welche zusammen mit ihm die „Court of Pardon" bilden. Eine Majorität der Court soll überführte Verbrecher begnadigen dürfen. Vor der Ueberführung darf keine Begnadigung eintreten. Referirt.

Mr. Morrell brachte eine Resolution ein, wonach die Staats-Courts in allen Prozessen zwischen Parteien die Gültigkeit eines „Act of Assembly" untersuchen und entscheiden können. Referirt.

Jedem Committee wurde das Recht gegeben, solche Sachen drucken zu lassen, welche den Committees und der Convention bei Erledigung einer Frage nöthig sind.

Mr. Temple schlug vor, das Amt des Register of Wills abzuschaffen und in jedem County dafür Probate Courts einzuführen. Referirt.

Mr. Elliott offerirte eine Resolution, wonach in die Constitution eine Bestimmung aufgenommen werden soll, daß Jeder das Recht hat, seine Ansichten auszusprechen oder schriftlich auszudrücken; daß kein Gesetz passirt werden soll, um dies zu verhüten; daß alle erreichbaren Thatsachen der Jury vorgelegt werden sollen und daß der Verklagte, der einen angeblichen „Libel"-Artikel publicirt hat, freigesprochen werden soll, wenn es sich herausstellt, daß er die Wahrheit gesagt, und daß eine Jury das Recht haben soll, über die Thatsachen in solchem Falle ebenso zu entscheiden, wie in anderen Fällen. Referirt.

Das Committee für Drucksachen reichte einen langen Bericht ein, wonach dem Mr. James S. Laird der Druck der Verhandlungen übergeben werden sollen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, diesem Herrn den Contrakt zu übergeben und hat er den Bericht in Octav Form liefern.

Das Committee für Wahlen und Repräsentation empfahl die Annahme folgender Amendements zur Constitution:

1. Sekt. Die Generalwahl soll am Dienstag nach dem ersten Montag im November stattfinden; doch soll die Legislatur das Recht haben, wenn jedes Haus mit ⅔ Majorität dies annimmt die Wahl zu verlegen.

2. Sekt. Alle Wahlen für Stadt, Ward, Borough und Townshipbeamte sollen am dritten Freitag des Mai stattfinden.

Mr. Campbell eine wonach verheirathete Frauen ebenso über ihr Eigenthum verfügen sollen, wie unverheirathete.

Mr. Alricks eine, wonach ferner keine Corporation durch Resolution ihre Verantwortlichkeiten dem Publikum gegenüber verweigern soll.

Ferner eine, wonach keine Stadt mehr Schulden contrahiren soll, als 10 Prozent des Werthes des Grundeigenthums.

Mr. Alricks eine, daß die Staatsgelder auf Interessen angelegt werden sollen.

Mr. Broomall eine, wonach „Justices of the Peace" von der Court of Common Pleas ernannt werden und diese Leute ein Gehalt beziehen sollen.

Mr. John M. Bailey eine, wonach die Staatshauptstadt in Harrisburg bleiben soll.

Mr. Cassidy eine, wegen Abschaffung der Aldermen und Friedensrichter und Anstellung von Richtern, die Jurisprudenz studirt haben müssen.

Mr. Dunning eine, wonach Counties nicht getheilt werden sollen, wenn nicht jedes derselben 50,000 Einwohner und 400 Quadratmeilen enthält.

Mr. Hunsicker eine, wonach der Attorney-General und Staats-Sekretär gewählt werden sollen.

Mr. Near eine, wonach die Supreme Court 9 Richter haben soll. Der Staat soll in drei nach Bevölkerung gleiche Theile getheilt werden, welche je 3 Richter wählen sollen.

Mr. Near eine, wonach kein professioneller Spieler ein Amt bekleiden soll.

Mr. Reynold eine, daß Niemand zu einer Office gewählt werden soll, der öffentliche Gelder in Händen hat, oder dessen Abrechnung noch nicht gemacht ist.

Mr. Funck, Eine, wonach die Banken im Staate verhindert werden sollen, Interessen für Depositen zu zahlen, oder die Depositen auf Interessen auszuleihen. Referirt.

Mr. Parsons, Eine, wonach die Constitution amendirt werde, daß Niemand Bürger werden soll, der nicht die Constitution der Ver. Staaten in englischer Sprache lesen und seinen Namen schreiben kann. Referirt.

Mr. Hunsicker, Eine, wonach nur alle zwei Jahre Sitzungen der Legislatur stattfinden sollen. Referirt.

Mr. Mantor stellte den Antrag, daß eine Bestimmung in die Constitution aufgenommen werde, wodurch den Frauen das Stimmrecht verliehen werde. Referirt.

Ferner, Eine, daß die Legislatur keine Bill passiren soll, wenn dieselbe nicht in jedem Hause an drei verschiedenen Tagen vollständig verlesen ist. Referirt.

Ferner, Eine, wegen Abschaffung der Todesstrafe. Referirt.

Mr. McConnell brachte eine Resolution ein, worin er Aenderungen der Wahlgesetze vorschlägt. Referirt.

Ferner, Eine, daß die Bevölkerung darüber abstimmen soll, ob den Frauen das Stimmrecht ertheilt werden soll oder nicht. Referirt.

Mr. Broomall—Eine, daß Niemand wegen Religions-Ansichten entrechtet sein soll, zu stimmen oder als Zeuge zu fungiren. Referirt.

Mr. Broadhead—Eine, wonach das Committee für Gesetzgebung untersuchen soll, ob die Beschränkung der Ertheilung von Wirthschafts-Licensen in Städten und Boroughs zweckmäßig sei, und daß nicht mehr als eine Licens auf 500 Seelen ertheilt werden soll. Referirt.

Mr. Boyd—Eine, daß ein Lieut. Governör gewählt, ein Inspektor der Versicherungs-Gesellschaften vom Governör ernannt werden, und daß der Attorney-General und Staatssecretär gewählt werden soll.

Congreß-Verhandlungen.

Washington, 8. Jan.

Senat.

Mr. Morton verlangte eine Bewilligung von $20,000 für Bestreitung der Unkosten der Untersuchung über die Wahlstreitigkeiten in Louisiana und Arkansas, und daß andere Personen ermächtigt werden, Zeugen einzuschwören und zu vernehmen, da es dem Committee für Privilegien und Wahlen nicht möglich sein würde, sich an Ort und Stelle zu begeben.

Es erhob sich die Frage, ob der Congreß die Macht habe, einer solchen Commission die nöthige Macht zu verleihen.

Auf Antrag von Mr. Thurman wurde die Resolution so amendirt, daß die Zeugen durch gesetzlich dazu befugte Personen vereidigt werden und dann angenommen.

Repräsentantenhaus.

Mr. Butler von Mass. legte eine Bill für die Amendirung des Bankerottgesetzes vor, wonach Staatscorporationen wie z. B. Assecuranz Compagnien, von den Bestimmungen der Acte ausgeschlossen sind, und der Jurisdiction der Staatsgerichte anheimfallen.

Mr. Cox legte eine Bill vor für die Unterstützung einer Dampferlinie zwischen den Ver. Staaten und dem südlichen Europa, welche referirt wurde.

Das Haus organisirte sich um 1 Uhr 50 Minuten als Committee des Ganzen zur Erwägung der legislativen, executiven und Justiz-Verwilligungsbill.

Mr. Sargeant schlug ein Amendement vor, wonach das Gehalt des Präsidenten auf $50,000 erhöht wird. Das Amendement wurde außer Ordnung erklärt und verworfen.

9. Jan.

Senat.

Mr. Ramsey berichtete die Hausbill für die Abschaffung des Systems der Portofreiheit und verlangte die sofortige Erwägung desselben.

Mr. Vickers erhob Einsprache, und die Bill wurde zurückgelegt.

Auf Antrag von Mr. Wright wurden $1000 bewilligt für die Untersuchung der gegen Senator Clayton erhobenen Anklagen.

Mr. Wilson brachte eine Bill ein für die Ernennung einer Commission, welche zweckmäßige Gesetze entwerfen soll, um Unmäßigkeit im Genuß von Spirituosen zu verhindern, welche dem Committee für die Revidirung von Gesetzen überwiesen wurde.

Dem Committee für Privilegien und Waylen wurde Erlaubniß ertheilt, die Untersuchung der Anklagen gegen Senator Caldwell von Kansas während der Senatssitzung fortzusetzen.

Haus.

Mr. Lynch berichtete eine Bill vom Handels-Committee für die Amendirung des Gesetzes betreffs Ernennung von Schiffs-Commissioners, wonach die Wirkung des Gesetzes auf Capitäne von Küstenfahrern ausgedehnt wird, sowie auch auf Schiffe, welche an der canadischen Küste, nach Mexico und den westindischen Inseln fahren.

Mr. Wood hatte nichts gegen das vorgeschlagene Amendement, war jedoch gegen das ganze Gesetz, weil es nicht constitutionell sei und den New Yorker Kaufleuten widerstrebe. Das Gesetz bereichere einen Mann, namentlich in New York, der eine Sparbank und ein großes Boardinghaus für "Poor Jack" errichtet habe und $100,000 per Jahr in die Tasche stecke.

Die Herren Roberts von N. Y. und Randall von Pennsylvanien stimmten Mr. Wood's Meinung bei, während Mr. Porter dagegen war.

Die Bill wurde schließlich passirt.

Europäisches.

Deutschland.

München, 4. Januar. — Die große Brauerei von Math. Pschorr „zum Hacker" ist von einem schweren Unfalle gestern heimgesucht worden, indem der große Lagerbierkeller an der Bayerstraße, der in sechs Etagen gegen 5000 Eimer Bier enthielt, eingestürzt und wohl sein ganzer Inhalt vernichtet ist. Der Schaden soll zwischen 60 bis 80,000 Gulden betragen, der größere Schaden wird aber durch die Beeinträchtigung des großen Geschäftsbetriebes entstehen, denn wie will jetzt mitten in der Sudzeit dem Mangel eines solchen kolossalen Kellers abgeholfen werden? Der Unfall, bei dem glücklicherweise keine Menschenleben zu beklagen sind, soll durch unvorsichtiges Anbauen des Kellernachbars, der gleichfalls einen solchen Keller an die bestehende Communenmauer anlegen wollte, wobei letztere zu viel bloßgelegt worden sein soll, entstanden sein, denn die Communenmauer barst und brachte damit das ganze colossale Gewölbe zum Einsturz. Der Anblick, der sich dem Beschauer darbietet, ist grausig; über den Trümmern wogt eine Fluth von Bier von solch guter Qualität, daß diesen Verlust auch jeder Trinker bedauern muß.

Berlin, 8. Jan. Bismarck hat dem Bundesrath den Entwurf zu einer Convention mit der dänischen Regierung behufs gegenseitiger Hülfeleistung vorgelegt.

Bund der Juden. Auf Einladung des Professors Lazarus und Genossen ist eine Versammlung zusammengetreten, um einen Bund der Juden von ganz Deutschland nach dem Muster der Alliance Universelle (unter Cremieux) in Berlin zu gründen.

Wien, 8. Jan. Die Wiener „Post" (offiziell) stellt das Gerücht, daß die östreichische Regierung beschlossen habe, auf die Dienste des Grafen Beust zu verzichten, in Abrede.

Berlin, 9. Januar. — Im preußischen Abgeordnetenhause wurde heute eine von vielen Mitgliedern unterzeichnete Interpellation eingebracht, wodurch die Regierung um Auskunft ersucht wird, warum Zeitungen gerichtlich verfolgt worden seien, nachdem sie die päpstliche Allocution veröffentlicht hatten.

Der Minister-Präsident Graf von Roon gab eine Erklärung ab, daß er vor einiger Zeit um die Erlaubniß eingekommen sei, aus dem Ministerium auszutreten, weil er der anstrengenden Thätigkeit seines Amtes überhoben sein wollte, habe aber auf besonderen Wunsch des Kaisers seine Demission zurückgenommen.

Schweiz.

Bern, 8 Jan. Der Schweizer Bundesrath hat den Conton Wallis mit energischen Maßregeln bedroht, weil jesuitische Schulmeister in den dortigen Schulen geduldet werden.

Bern, 8. Jan. Die heute von der Bundes-Versammlung vorgenommene Neuwahl des Bundesrathes bestätigt die bisherigen Mitglieder Welti, Ceresole, Schenk, Scherer, Knüsel und Naff; neugewählt wurde Borel (Neuenburg.) Zum Bundes Präsidenten für 1763 wurde Ceresole gewählt, zum Bundes Vicepräsidenten, Schenk, der Kanzler Schieß wurde auf's Neue bestätigt.

Tod des Ex-Kaisers Napoleon III.

London, 9. Januar. — Ex Kaiser Louis Napoleon starb heute Morgen um 10 Uhr 25 Minuten in seiner Residenz zu Chiselhurst.

Der plötzliche Tod des Ex Kaisers Napoleon hat Alle, sowohl in Chiselhurst, wie in London in Bestürzung versetzt. Die Verwandten der Kaiserin und die Mitglieder des Haushaltes, ja selbst die Aerzte waren nicht darauf vorbereitet.

Der Kaiser hatte eine verhältnißmäßig ruhige Nacht verbracht.

Seine Kraft schien unvermindert und bei der Consultation am Morgen glaubten die Aerzte, daß er eine dritte Operation aushalten könne; man hatte sich dazu entschlossen. So groß war das Vertrauen in den günstigen Verlauf, daß man den kaiserlichen Prinzen nach Woolwich zurückkehren ließ, um seine Studien wieder aufzunehmen.

Dr. Gall reiste gestern nach London zurück, ebenso waren viele Freunde des Kaisers, die beim ersten Alarm herbeigeeilt waren, nach Hause zurückgekehrt.

Man befürchtete bis um 9 Uhr keine Gefahr, aber um diese Zeit stellten sich plötzlich bedenkliche Symptome ein. Die Lebenskräfte schienen den Kaiser zu verlassen und in kurzer Zeit war keine Hoffnung mehr vorhanden.

Sofort wurde nach dem Prinzen und Dr. Gall telegraphirt und der Pater Goddard wurde herbeigerufen, um ihm die letzte Oelung zu reichen. Alle trafen aber zu spät ein.

Die Kaiserin, welche beständig um den Verstorbenen war, blieb bis zum letzten Augenblick bei ihm; außerdem waren die Aerzte und einige Mitglieder des Haushaltes am Sterbebette gegenwärtig.

Das Wohnhaus in Chiselhurst ist seit dem Tode des Kaisers völlig geschlossen.

Die Aerzte behaupten, daß der Tod nicht in Folge der Operation, sondern aus andern Ursachen eingetreten sei.

In London, wo Napoleon stets persönlich populär war, herrscht allgemeines Bedauern über den Tod.

Die Leiche wird zuerst in Chiselhurst beigesetzt und später nach Frankreich gebracht werden.

London, 9. Januar. — Obgleich man die Krankheit Napoleon's als sehr ernstlich erkannte, so erregte doch die Nachricht von seinem Tode heute Morgen große Bestürzung. Eine Depesche von Chiselhurst gestern Abend spät berichtete daß sein Zustand unverändert blieb und eine andere von heute Morgen ein paar Stunden vor seinem Tode meldete, daß er eine ruhigere Nacht verbracht habe, obwohl die Symptome unverändert blieben.

London, 9. Januar. — Die oberen Stockwerke des Getreidespeichers der Lion Brauerei in Lambeth stürzten heute ein und der Geschäftsführer, die Clerks und Arbeiter wurden unter den Trümmern verschüttet. Die Feuerbrigade versucht jetzt, die Opfer auszugraben, man fürchtet aber, daß sie nicht mehr lebend angetroffen werden.

Wegen des Ausstandes der Bergleute befürchtet man Unruhen in Süd-Wales.

Bei dem neulichen Sturme sind 59 Fischer von Yarmouth ertrunken.

London, 10. Januar. — Ex Kaiserin Eugenie und der ganze Haushalt in Chiselhurst waren zugegen, als Napoleon starb. Dem Verstorbenen kehrte während seiner letzten Augenblicke zuweilen das Bewußtsein zurück und er sprach zu seiner Gemahlin mit sehr schwacher Stimme. Sein letztes Lebenszeichen war ein Lächeln, als sich die Kaiserin niederbeugte und ihren sterbenden Gemahl küßte.

Sie war gänzlich von ihren Gefühlen überwältigt und sank am Sterbebette in Ohnmacht. Der Prinz, welchen man per Telegraph von Woolwich herbeigerufen hatte, kam 15 Minuten nach dem Tode seines Vaters an.

Er war tief bewegt und küßte mehrere Male das Gesicht der Leiche. Der Kaiser hatte einen ruhigen Tod und verschied, ohne ein Zeichen von Schmerz zu geben. Man schreibt seinen Tod Synkope zu.

Königin Victoria hat der Ex-Kaiserin ein Beileidsschreiben übersandt. Der Prinz von Wales und Prinz Teck statteten gestern in Chiselhurst einen Besuch ab.

Es wird heute eine Untersuchung der Todesursachen vorgenommen werden, und die Leiche wird während mehrerer Tage vor dem Begräbniß ausgestellt sein.

Eugenie blieb während mehrerer Stunden nach dem Tode ihres Gemahls betend am Sterbebette.

Die Leiche wird wahrscheinlich in der St. Mary's Kirche beigesetzt werden. Der Prinz von Wales, welcher augenblicklich der Gast von Baron Rothschild in Aston ist, hat die Direktionen der französischen Theater in London um Einstellung der Vorstellungen ersucht, und daß ein Ball verschoben werde, welcher ihm zu Ehren stattfinden sollte.

Eine Depesche von Paris meldet, daß die Nachricht von dem Tod Napoleon's einen tiefen Eindruck auf die Bevölkerung der Stadt machte. Die französischen Renten stiegen ein Wenig.

Die bonapartistischen Mitglieder der Nationalversammlung verließen ihre Sitze, als die Todesnachricht eintraf. Viele derselben werden nach London reisen, wo auch Prinz Napoleon, Prinzessin Mathilde, Mr. Rouher, Mr. Fleury und andere erwartet werden.

Die Nachricht wurde in den Provinzen mit großer Trauer aufgenommen und es zeigte sich allgemeine Sympathie für die Kaiserin. Die Londoner Journale enthalten heute Morgen Lobeserhebungen über Napoleon.

Die Ex-Kaiserin Eugenie wird eine Proklamation an das französische Volk erlassen, in welcher sie demselben ankündet, daß sie während der Minderjährigkeit ihres Sohnes die Regentschaft übernimmt.

Frankreich.

Paris, 9. Januar. — Die Nachricht von Napoleon's Tode traf hier spät am Nachmittage ein. Es läßt sich noch nicht ermessen, welche Wirkung dieses Ereigniß hier haben wird.

Die Imperialisten sind natürlich tief betrübt und betrachten das Ereigniß als den Todesstoß für ihre Hoffnungen.

Italien.

Rom, 8. Jan. Die Pionier Protestantische Kirche in hiesiger Stadt wurde heute eingeweiht. Sieben amerikanische Geistliche nahmen an den Ceremonien Theil.